



# Newsletter

20.06.2020

## Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

### **Endspurt! Förderanträge zu Isofluran-Narkosegeräten bis 1. Juli einreichen, 20. Juni 2020**

Schweinehalter, die ab dem nächsten Jahr auf die Anwendung der Isofluran-Narkose bei der Ferkelkastration setzen wollen, können eine finanzielle Förderung für den Kauf der Geräte beantragen. Ist der Förderantrag noch nicht gestellt und soll Förderung beantragt werden, dann muss es nun schnell gehen, denn die Frist läuft am 1. Juli ab.

Förderantrag bis spätestens 1. Juli: Wer die Anwendung der Isofluran-Narkose bei der Kastration ins Auge fasst, kann für die Geräteanschaffung eine Förderung von bis zu 60 % (maximal. 5.000 €) beantragen. Schweinehalter, die noch eine Förderung beantragen möchten, sollten sich also sputen, denn die Frist zur Antragstellung läuft am 1. Juli ab.

Das Antragsverfahren läuft zweistufig ab. In der ersten Antragsstufe wird die Teilnahme an der Fördermaßnahme beantragt. Antragsfrist ist für die erste Antragsstufe der 1. Juli 2020! In der zweiten Antragsstufe wird die Auszahlung der Zuwendung beantragt. Das muss bis zum 1. September 2020 geschehen. Die Zusagen für die Förderung werden im Windhund-Verfahren vergeben. Je schneller ein Antrag eingereicht ist, desto höher sind die Chancen auf Förderung.

*Quelle: schweine.net*

### **Sauenhaltung im Land braucht politisches Bekenntnis zur Fortführung, 20. Juni 2020**

Ein mühsam ausgehandelter Kompromiss wurde im Bundesrat erneut von grünen Landesministern untergraben und kam nicht zur Abstimmung, bedauert der Bauernverband und kritisiert Ministerin Dalbert. Seit Jahren wird über die Zukunft der Tierhaltung vor dem Hintergrund ständiger Anpassungen in der Tierschutznutztierhaltungsverordnung in Deutschland politisch gestritten. Besonders bei der Haltung von Zuchtsauen gehen dabei praktische Realität und politische Vorstellungen immer weiter auseinander, beobachtet der Bauernverband Sachsen-Anhalt. Zuletzt hätten Äußerungen des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) für Verärgerung bei den Sauenhaltern in Sachsen-Anhalt gesorgt. Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert erklärte zum Umbau der Sauenhaltung, dass sie bei Betrieben mit Zuchtsauen nur Gruppenhaltung für förderwürdig hält, nicht aber die Modernisierung von Betrieben mit Kastenständen.

Ein mühsam ausgehandelter Kompromiss wurde im Bundesrat erneut von grünen Landesministern untergraben und kam nicht zur Abstimmung, bedauert der Verband. Deshalb herrsche weiterhin Ungewissheit für Sauenhalter. Der Kompromiss sollte wichtige Punkte regeln, wie den Zeitrahmen der Umstellung und deren finanzielle Unterstützung. Bei den Tierhaltern bestehe wenig Vertrauen darin, dass die teure Umstellung maßgeblich finanziell begleitet wird. Unabhängig davon bleibt die Frage, ob eine bedingt durch höhere Auflagen verteuerte Schweineproduktion in einem preissensiblen Markt überhaupt vermarktungsfähig ist.

Marcus Rothbart, Hauptgeschäftsführer des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V., erklärt: „Ein deutscher, und im europäischen Vergleich restriktiverer, Sonderweg ist für viele Sauenhalter der wirtschaftliche Sargnagel. Sauenhaltung in Sachsen-Anhalt ist für einen funktionierenden, landwirtschaftlichen Wirtschaftskreislauf wichtig. Wir brauchen sehr zeitnah wirtschaftlich tragbare und politisch-verlässliche Lösungen, die den Sauenhaltern und ihren Mitarbeitern in Sachsen-Anhalt nachhaltige Produktionsperspektiven geben.“ Immer dann, wenn von Seiten des MULE und weiteren grün-geführten Landwirtschaftsministerien anderer Bundesländer neue Wege in der Landwirtschaft gefordert werden, fehle, insbesondere bei der Tierhaltung, konsequent die Berücksichtigung wirtschaftlicher Auswirkungen und die Perspektive für die mit Tierhaltung befassten Menschen, kritisiert Rothbart. Aktuell besteht seiner Meinung nach nur die Verlässlichkeit, dass regionale Sauenhalter einen Ausstieg aus der Produktion selbst zahlen und sich die Zahl der Tierhalter verringert. „Es hilft nicht, wenn man regionale Landwirtschaft und Produktionsketten fordert, aber diese mit kompromissunfähiger politischer Kostentreiberei an die Wand fährt“, so der Hauptgeschäftsführer.

*Quelle: topagrar.com*

### **Ethikrat fordert stärkere Achtung des Tierwohls in der Nutztierhaltung, 20.06.2020**

In seiner heute veröffentlichten Stellungnahme fordert der Deutsche Ethikrat erhebliche Reformen, um künftig Mindeststandards eines unter ethischen Gesichtspunkten akzeptablen Umgangs mit Nutztieren zu erreichen.

Das Verhältnis von Mensch und (Nutz-)Tier ist durch eine Grundspannung gekennzeichnet: Das Wohlergehen und die Rechte von Tieren sind in den letzten Jahren in Deutschland zunehmend zum Thema öffentlicher Debatten geworden. Die gesellschaftliche Akzeptanz für viele Praktiken in der Nutztierhaltung sinkt. Das geltende Recht enthält zumindest vordergründig strenge Tierschutzvorgaben. Dennoch werden Nutztieren unter den gängigen Zucht-, Haltungs-, Schlacht- und Verwertungsbedingungen oft routinemäßig Schmerzen und Leid zugefügt. Reformbemühungen betreffen lediglich Teilaspekte und/oder verlaufen im Sande.

In seiner Stellungnahme „Tierwohllachtung – Zum verantwortlichen Umgang mit Nutztieren“ prüft der Deutsche Ethikrat, inwieweit sich bereichsbezogen festzustellende rechtliche wie tatsächliche Unklarheiten und Inkohärenzen mithilfe einer rationalen ethischen Reflexion reduzieren lassen. Hierzu arbeitet er konsensfähige Grundvorgaben tierethischer Überlegungen heraus und entwickelt darauf aufbauend Eckpunkte für eine ethisch verantwortliche Nutztierhaltung, aus denen sich Bedarf für einen umfassenden Strukturwandel in der Nutztierhaltung ergibt.

Im Mittelpunkt steht dabei die Überlegung, dass jedenfalls höher entwickelte Tiere einen „Eigenwert“ haben. Dieser führt zu ihrer besonderen Schutzwürdigkeit und einer besonderen Verantwortung des Menschen. Er setzt menschlichen Nutzungsinteressen Grenzen. Diese Grenzen werden jedoch in der derzeitigen Praxis aus Sicht des Ethikrates regelhaft überschritten. Der Rat fordert deshalb eine deutlich stärkere Orientierung am Tierwohl und einen achtsameren Umgang mit dem tierlichen Leben. Zu beachten sind demnach vor allem die folgenden Prinzipien:

- Schutz und Förderung des Tierwohls sind als weitreichende Verpflichtung zu verstehen: Allen Nutztieren ist während ihres ganzen Lebens ein möglichst gutes Gedeihen und Befinden zu ermöglichen, das ihren artspezifischen Verhaltensformen und Erlebnismöglichkeiten entspricht.
- Tieren dürfen keine vermeidbaren Schmerzen und Leiden zugefügt werden. Ökonomische Überlegungen reichen für sich gesehen nicht aus, um Leid und Schmerzen von Nutztieren als „unvermeidbar“ hinzunehmen.
- Die Bedingungen von Zucht, Haltung und Verwertung einschließlich der Tötung von Nutztieren müssen mit guten Gründen gerechtfertigt werden. Dabei darf nicht pauschal auf die (Ernährungs-)Bedürfnisse der Menschen verwiesen werden.
- Aus dem Respekt vor dem Leben von Tieren folgt darüber hinaus, dass generell acht- und sparsam mit tierlichem Leben umgegangen wird. Dieser Grundsatz wird verletzt, wenn bestimmte Nutztiere allein aufgrund ihrer geringeren ökonomischen Erträge pauschal aussortiert und vernichtet werden.
- Die im Tierschutzgesetz festgelegten grundsätzlichen Schutzstandards stehen mit den in der Stellungnahme dargelegten ethischen Anforderungen in Einklang bzw. lassen sich zumindest in diesem Sinne verstehen. Dennoch sollte erwogen werden, den Grundgedanken des Tierwohls in tierschutzrechtliche Regelungen besser umzusetzen, beispielsweise mithilfe einer Umkehr von Begründungslasten und einem stärkeren Rückgriff auf tierwohlbezogene Indikatoren.
- Tierwohlorientierte Vorgaben des Tierschutzgesetzes dürfen nicht im Wege der Interpretation oder der untergesetzlichen Konkretisierung unterlaufen werden. Für den Prozess der Gesetzeskonkretisierung braucht es klare, rechtsverbindliche Ergebnisse garantierende Verfahrensformen mit transparenten Beteiligungsstrukturen, die Tiere und ihre berechtigten Belange angemessen „repräsentieren“. Institutionalisierte Interessenkonflikte und einseitige Besetzungen sind zu vermeiden.
- Nutztierbasierte Produkte sind in ihrer besonderen Wertigkeit anzuerkennen. Ferner sind Ersatzprodukte zu stärken. Die zunehmende Nachfrage von Konsumenten nach pflanzenbasierten Fleischersatzprodukten ist als indirekter Beitrag zum Tierwohl zu begrüßen.

Die Aufgabe, die moralisch gebotene Achtung des Tierwohls praktisch umzusetzen, betrifft unsere gesamte Gesellschaft. Um sie zu bewältigen, genügt es nicht, allein an die Verantwortung der Konsumenten zu appellieren. Vielmehr sind alle relevanten Akteure in einen ergebnisorientierten Diskurs einzubinden.

Eine ethisch vertretbare Nutztierhaltung ist in erster Linie eine Frage verantwortlicher Regulierung. Die Rolle der Politik besteht darin, einen angemessenen strukturierten Transformationsprozess zu gestalten. Dabei ist sicherzustellen, dass die erwartbaren Lasten, die ein solcher Strukturwandel mit sich bringt, fair verteilt werden.

*Quelle: animal-health-online.de*

## **Durchsuchung bei Westfleisch wegen Untreueverdacht, 17. Juni 2020**

Am Dienstag hat die Staatsanwaltschaft Münster die Zentrale von Westfleisch durchsucht. Ein Ex-Mitarbeiter behauptet, Einzelpersonen hätten Gelder an der Genossenschaft vorbeigeschleust. Gegen führende Mitarbeiter der Firma Westfleisch gibt es den Verdacht der Untreue im Zusammenhang mit dem Export von Schweinefleisch nach China.

Wie die dpa berichtet, ermittelt die Staatsanwaltschaft Münster gegen ein Vorstandsmitglied, einen Aufsichtsrat und einen Vertriebsleiter sowie einen Verantwortlichen einer dänischen Firma. Die Ermittler prüfen, ob Gewinne an Westfleisch vorbeigeflossen sind. Gegenüber der Presseagentur sagte ein Westfleisch-Sprecher, dass man den Vorwurf nicht nachvollziehen könne und zuversichtlich sei, den Anfangsverdacht kurzfristig ausräumen zu können.

Offenbar hatte ein früherer Mitarbeiter das Unternehmen angezeigt. Er soll aber bereits ein Jahr vor dem betroffenen China-Geschäft Westfleisch in Richtung eines Wettbewerbers verlassen haben, heißt es. Am Dienstag soll die Staatsanwaltschaft Geschäftsräume von Westfleisch in Münster sowie der Firma in Dänemark durchsucht haben, ist zu lesen. Verhaftungen soll es nicht gegeben haben.

Westfleisch hatte den Angaben der Staatsanwaltschaft zufolge im vergangenen Jahr einen Vertrag über die Lieferung von 12.000 t gefrorenem Schweinefleisch abgeschlossen. Damals habe es wegen eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest in China einen hohen Bedarf an Fleischimporten gegeben. Westfleisch habe das Schweinefleisch aber nicht direkt nach China verkauft, sondern an eine Firma in Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Beim Weiterverkauf nach China seien Westfleisch möglicherweise Gewinne entzogen worden. Um welchen Betrag es sich dabei gehandelt hat, stehe noch nicht fest. Zunächst sei man von einem zweistelligen Millionenbetrag ausgegangen. Der Schaden könne aber auch deutlich darunter liegen, sagte der Sprecher der dpa.

*Quelle: topagrar.com*

## **SARS-CoV-2-Virus: weiterhin keine Hinweise auf Empfänglichkeit bei Nutztieren, 17. Juni 2020**

Es gibt nach wie vor keine Hinweise, dass sich landwirtschaftliche Nutztiere mit dem SARS-CoV-2-Virus infizieren können. Das hat der Präsident des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI), Prof. Thomas Mettenleiter, heute in der Bundespressekonferenz bekräftigt. Seinen Angaben zufolge sind die Forschungsergebnisse des FLI, dass Schweine und Hühner überhaupt nicht empfänglich sind, mittlerweile international von anderen Forschergruppen bestätigt worden. Der Wissenschaftler wies darauf hin, dass auch keine Anhaltspunkte für eine Infizierbarkeit von Wiederkäuern vorlägen. Gleichwohl werde das FLI in den kommenden Wochen Versuche mit Rindern durchführen, um auch hier zu gesicherten Aussagen zu kommen.

*Quelle: rind-schwein.de*

## **FDP für EU-Tierwohllabel, 18. Juni 2020**

Das „Tierwohl europäisch denken und baurechtlich ermöglichen“ möchte die FDP-Fraktion mit einem Antrag (19/20047), der am Donnerstag auf der Tagesordnung des Bundestages steht. Darin fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für eine bindende, mehrstufige Tierwohl- und Herkunftskennzeichnung für alle tierischen Produkte einzusetzen. Das Label soll auf gemeinsamen Nutztierhaltungsstandards basieren, die Wettbewerbsverzerrungen mindern und einheitliche Produktionsbedingungen garantieren sollen. Darüber hinaus fordert die FDP-Fraktion Anpassungen im Bau-, Immissionsschutz- und Umweltrecht, damit Bauern „tierwohlfördernde Maßnahmen in ihren Stallungen baulich umzusetzen“ können. „Das größte Hindernis zum Umbau der Tierhaltung sind (bau-)bürokratische Auflagen und eine mangelnde Planungssicherheit“, so die Abgeordneten. Konkret soll die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und anderer Vorprüfungen entfallen, „wenn es sich bei dem Bauvorhaben um eines zur Verbesserung des Tierwohls handelt, welches gesetzliche Tierhaltungsmindeststandards übererfüllt und durch welches die Gesamtanzahl der an einem Standort im räumlich funktionalen Zusammenhang gehaltenen Tiere nur unwesentlich verändert wird.“ Auch die Verschärfung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) soll überprüft werden.

*Quelle: animal-health-online.de*

## Kein Versorgungsengpass durch Schlachtstopp - Billigfleisch in Kritik, 19. Juni 2020

Nach einem Corona-Ausbruch bei Tönnies steht der größte deutsche Schlachtbetrieb für Schweine still. Die Politik nimmt Arbeitsbedingungen und Dumpingpreise ins Visier. Auch der Discounter Aldi will wissen, ob alle Schutzmaßnahmen eingehalten wurden. Das Bundesarbeitsministerium arbeitet mit Hochdruck an einem Gesetzentwurf für die geplanten Verschärfungen beim Arbeitsschutz und einem weitgehenden Verbot von Werkverträgen in der Fleischbranche, sagte eine Sprecherin am Freitag. Agrarpolitiker der Union forderten mehr regionale Schlachthöfe. Die NRW-Landesregierung will Billigangeboten beim Fleisch einen Riegel vorschieben.

Auch im Lebensmittelhandel wird die Lage beim größten deutschen Schlachtunternehmen genau verfolgt. Die Discounter Aldi Süd und Nord teilten mit, sie stünden aufgrund des Corona-Ausbruchs mit Tönnies und auch weiteren Lieferanten in Verbindung. «Dabei ist es von besonderer Relevanz für uns zu erfahren, ob alle Schutzmaßnahmen umgesetzt und eingehalten wurden», erklärte eine Sprecherin. Aldi habe seine Überprüfungen zum Tierwohl um soziale Aspekte erweitert. «Damit kontrollieren wir die Einhaltung der Sozialstandards und der Sorgfaltspflicht in den Schlachthöfen.» Auf die Versorgung der Verbraucher wird der Ausfall der Schlachtmengen in Rheda-Wiedenbrück nach Einschätzung der Lebensmittelketten und Discounter sowie von Marktbeobachtern keine kurzfristigen Auswirkungen haben. «Fleisch wird in Deutschland nicht knapp, auch nicht Schweinefleisch», sagte Tim Koch von der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft in Bonn.

«Die Situation bei Tönnies hat aktuell keine Auswirkungen auf unser Angebot», betonte Lidl. Bei Aldi hieß es, die Filialen würden «weiterhin täglich mit frischen Fleischartikeln beliefert». Sprecher von Rewe und Real äußerten sich ähnlich. Auch das NRW-Landwirtschaftsministerium versicherte, es drohten keine Versorgungslücken.

Der Tönnies-Betrieb in Rheda-Wiedenbrück steht wegen des Corona-Ausbruchs seit Mittwoch weitgehend still. Rund 7.000 Mitarbeiter müssen auf das Virus getestet werden. Bei 803 ist bislang (Stand Freitag, 0.00 Uhr) eine Infektion nachgewiesen. Seit Freitag helfen Soldaten der Bundeswehr bei den Tests mit.

NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) kündigte an, das Infektionsgeschehen in Schlachtbetrieben wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld ermittelt nach dem Eingang von fünf Strafanzeigen gegen Unbekannt wegen des Anfangsverdachts auf fahrlässige Körperverletzung und Verstoßes gegen das Infektionsschutzgesetz.

Offen blieb zunächst, welche Folgen die Schließung bei Tönnies auf die Fleisch- und Wurstpreise hat. Das könne derzeit «nicht verlässlich vorhergesagt werden», sagte ein Rewe-Sprecher. Auch bei Aldi hieß es: «Ob und wie sich die aktuelle Situation des Lieferanten auf die Verkaufspreise von Fleischartikeln auswirken wird, können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.»

Ob es zu Preisanhebungen kommt, ist nach Einschätzung von Marktbeobachter Koch erst in einigen Wochen abzusehen. Der Handel habe in der Regel mit den Schlachtunternehmen längerfristige Verträge zu Mengen und Preisen abgeschlossen, sagte er. NRW-Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Essen (CDU) will mit einer Bundesratsinitiative Dumpingangebote beim Fleisch unterbinden. „Es gibt haarsträubende Sonderaktionen, bei denen Fleisch deutlich unter seinem Wert verkauft wird. Das müssen wir stoppen“, sagte sie der «Rheinischen Post» (Donnerstag). Es gehe darum, die im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb vorgesehenen Ausnahmen deutlich zu erschweren. Der Preisdruck aus dem Lebensmittelhandel wirke sich auf die gesamte Kette aus, eben auch auf die Schlachtbetriebe.

Aus der Unionsfraktion im Bundestag kamen Forderungen nach einer «Regionalisierung der Schlachtstruktur» in Deutschland. Damit lasse sich nicht nur der Ausfall von einzelnen Kapazitäten wesentlich leichter verkraften, betonte der agrarpolitische Sprecher der CSU, Artur Auernhammer. Durch kürzere Transportwege werde auch mehr beim Tierwohl erreicht.

Das NRW-Agrarministerium und die Lebensmittelbranche versicherten, es gebe weiterhin keine Anhaltspunkte, dass das Coronavirus über Fleischprodukte übertragen werden könne. Dem Bundesinstitut für Risikobewertung seien bisher keine Infektionen mit Sars-CoV-2 über einen Übertragungsweg über Lebensmittel bekannt.

Tönnies ist mit einem Marktanteil von gut 30 Prozent das mit Abstand größte Schlachtunternehmen in Deutschland. Im vergangenen Jahr kam es auf 16,7 Millionen geschlachtete Schweine, Nummer zwei der Branche ist Westfleisch mit 7,7 Millionen Schlachtungen. Im Coesfelder Westfleisch-Betrieb hatte es im Mai einen großen Corona-Ausbruch gegeben.

*Quelle: proplanta.de*



#### **Mastschweine:**

Bislang glich das Angebot die Nachfrage aus und sorgte für eine stabile Preisausrichtung. Die VEZG notiert daher unverändert 1,66 €/kg SG. Der Corona-Ausbruch bei Mitarbeitern von Tönnies in Rheda ist katastrophal! Die Schlachtung von 20.000 Schweine je Tag ist eingestellt. Mit der Schlachthofschließung bei Tönnies sind Auswirkungen auf Marktlage und Preisgefüge derzeit nicht abzuschätzen. Aber tätigen Sie keine Panikverkäufe, die unnötig den Markt beeinflussen.

*Quelle: STA; Winfried Brede*

## Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

**Aktuelle Woche: 55,00 EUR**

(22.06.20 – 28.06.20)

Vorwoche: 55,00 EUR

## Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

**Aktuelle Woche: 1,66 EUR**

(17.06.2020)

Vorwoche: 1,66 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH  
Kulmbacher Str. 17  
96197 Wonsees  
[www.tieraerzte-wonsees.de](http://www.tieraerzte-wonsees.de)

Serviceteam Alsfeld  
An der Hessenhalle 1  
36304 Alsfeld  
[www.sta-alsfeld.de](http://www.sta-alsfeld.de)



[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)